

Wie ist die Lage an den russischen Universitäten, insbesondere für oppositionelle Wissenschaftler?

Die Situation ist angespannt. Die Dozenten haben Angst und schweigen. Dieses Schweigen bedeutet meist nicht Zustimmung für den Krieg, sondern Angst vor der Zukunft. Die Universitätsangestellten haben Sorge, ihre Arbeit zu verlieren, sie befürchten Nachteile für die eigene Familie. Daher sprechen sie auch nicht untereinander über die aktuelle Situation, allenfalls zu Hause, unter Verwandten, in der Küche – so wie in sowjetischen Zeiten. Ich habe in Vorbereitung auf das Gespräch mit sieben russischen Wissenschaftlern gesprochen, und alle beobachten die Tendenz zur Vereinzelung. Man schreibt weniger E-Mails, ruft einander kaum noch an. Und natürlich gibt es schon Fälle von Denunziationen an den Schulen und Universitäten.

Was wurde aus den Unterzeichnern der Petition russischer Wissenschaftler gegen den Ukrainekrieg – es gab zuletzt mehr als 8000 Unterzeichner?

Viele offen oppositionelle Wissenschaftler sind gleich zu Beginn des Kriegs ausgereist. Für sie wurde eine moralische Linie überschritten, sie waren nicht mehr bereit, auch kleine Kompromisse innerhalb des Systems einzugehen. Aber die Mehrheit der Wissenschaftler ist aus ganz unterschiedlichen Gründen im Land geblieben.

Was weiß man über deren Situation?

Bisher sind noch keine organisierten Maßnahmen gegen sie bekannt geworden. Ich denke, das Regime hat im Moment noch anderes zu tun, es steckt noch tief im Kriegsgeschehen. Aber in den nächsten Monaten ist es wohl mit Repressionen und Säuberungen zu rechnen, damit das nächste akademische Jahr im September konsolidiert begonnen werden kann. Kollegen berichten mir, dass die Direktoren unterschiedlicher Institute, auch in der Akademie der Wissenschaften, bereits überprüft haben, wie viele Personen aus ihrem Einflussbereich Petitionen gegen den Ukrainekrieg unterschrieben haben. Einige Wissenschaftler wurden darauf mündlich gewarnt, anderen wurde mit Kündigung gedroht, wieder andere wurden in Ruhe gelassen, die Reaktion hing auch vom jeweiligen Institutsleiter ab.

Ist es angesichts der ideologischen Zwänge an den russischen Hochschulen folgerichtig von westlichen Institutionen, Kooperationen aufzukündigen?

Russische Wissenschaftler, die an internationalem Austausch interessiert sind, fühlen sich derzeit als doppelte Geiseln – zum einen von Putins System, das für sie viele Chancen zum wissenschaftlichen Dialog zerstört. Außerdem fühlen sie sich vom Westen durch die Aufkündigung von Kooperationen und Austauschprogrammen allein gelassen. All das wird tragische Konsequenzen haben.

Gibt es für Sie Kooperationen, die man besser nicht aufgekündigt hätte?

Grundsätzlich ist das schon ein gewisser Widerspruch: Der Westen kauft weiter Öl und Gas von Russland, hier wird nichts aufgekündigt. Man geht aber konsequent gegen russische Forscher vor. Das ist eine Politik doppelter Standards, worüber wir offen sprechen sollten. Problematisch ist darüber hinaus, dass auch russische Publikationen von den Sanktionen betroffen sind. Das hat negative Konsequenzen auch für die Forschung zur osteuropäischen Geschichte an deutschen Universitäten. Die hier entstehende Lücke wird uns dabei behindern, dieses Land und diese Gesellschaft in ihrer momentanen Situation besser zu verstehen. Es ist aber auch allen russischen Wissenschaftlern, mit denen ich gesprochen habe, klar, dass es momentan sinnvoll ist, an erster Stelle den ukrainischen Kollegen zu hel-

**Kein Ort der Freiheit: die Moskauer Lomonossow-Universität**

Foto picture alliance / Jens Kalaene/dpa-Zentralbild/ZB

und Universitäten als Orte der Indoktrination, Disziplinierung und Mobilisierung zu nutzen. Alle Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sind inzwischen von der Propaganda stark betroffen. Für kleine Kinder gibt es zum Beispiel einen Cartoon, in dem der Krieg als Konflikt zwischen zwei Jungen erklärt wird, die zuerst Freunde waren, bis sich einer von beiden mit einem Jungen aus dem Westen anfreundet und sich umzuorientieren beginnt. In den Schulen wurden vom Bildungsministerium gleich nach Kriegsbeginn spezielle Unterrichtsstunden angeordnet, die dem gleichen Ziel dienen. Auch wurden relativ früh propagandistische Broschüren herausgegeben mit klaren Vorgaben, wie über den Ukrainekrieg zu sprechen sei und wie Lehrer auf potentielle Fragen zu antworten haben. Von Lehrern gab es eigene Petitionen, die tausendfach unterschrieben worden waren. In diesem Zusammenhang gab es auch schon die ersten Kündigungen. An den Universitäten gibt es seit Kriegsbeginn die sogenannte „politische Stunde“ und Vorlesungen über die aktuelle Lage in der Ukraine, als Pflichtveranstaltungen. Russland ist inzwischen ein Propagandastaat geworden, in dem man versucht, die Öffentlichkeit und Medien komplett gleichzuschalten.

Auf welchen Kanälen verständigen sich oppositionelle Wissenschaftler und Studenten?

Viele organisieren sich in den Social Media. Instagram ist inzwischen verboten, aber es gibt noch Telegram und Signal, die zu den sichersten Kommunikationskanälen gehören. Hier finden sich Gruppen von Aktivisten, zum Beispiel Studenten einer bestimmten Universität, die kleine Akte der Solidarität stiften. Sie drucken pazifistische Flugblätter und hängen auf öffentlichen Toiletten Antikriegsplakate mit kritischen Gedichten oder Erklärungen auf. Viele aus der LGBTQ-Community tragen momentan die Farbe Schwarz als Zeichen gegen den Krieg. Auf einem Telegram-Kanal beraten Juristen die gefährdeten Oppositionellen und junge Männer, denen die Armee droht. Diese Aktivisten handeln fast unsichtbar, in geschützten Räumen, oft in der Nacht, aber mit einem bewussten Ziel: trotz Zensur und Verfolgung die Antikriegsstimmung in der Bevölkerung sichtbar und hörbar zu machen.

Wie valide sind die Umfragen, aus denen hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung für Putin hervorgehen sollen?

Die Menschen sind eingeschüchert, Russland ist auf dem Weg zu einer totalitären Gesellschaft. In solch einer Situation kann man nicht von einer verifizierbaren öffentlichen Meinung sprechen. Was die Umfrage des Lewada-Zentrums angeht, die eine Zustimmung von 83 Prozent für Putin ergeben hat: Nur fünf Prozent der Befragten sollen laut der NGO „OWD-Info“ bereit gewesen sein, zu antworten. Das ändert den Blick auf die Ergebnisse, sie spiegeln dann eher den Zustand des Schocks, des Schweigens, der Paranoia wider, in dem sich die Gesellschaft in diesem Bruderkrieg befindet.

Das Gespräch führte Uwe Ebbinghaus.

Dr. **Alexey Tikhomirov** ist Osteuropahistoriker. Seit 2017 ist er Akademischer Rat auf Zeit am Arbeitsbereich Osteuropäische Geschichte der Universität Bielefeld. 2022 erschien sein Buch „The Stalin Cult in East Germany and the Making of the Postwar Soviet Empire, 1945–1961“ bei Lexington Books.

Schock und Schweigen

Oppositionelle russische Wissenschaftler stehen vor der Entscheidung zwischen Flucht und innerer Emigration. Ein Gespräch mit dem Historiker Alexey Tikhomirov zur aktuellen Lage.

fen, die auf der Flucht sind oder unter Bombardierungen leiden. Wenngleich man in diesem Zusammenhang kritisch sagen muss: Bis vor Kurzem gab es, trotz der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahr 2014, kaum Förderprogramme für ukrainische Wissenschaftler, zum Beispiel seitens der DFG. Das Engagement kommt also spät. Die deutsche Osteuropa-Wissenschaft hat bisher hauptsächlich mit russischen Forschern kooperiert, und daher wenden sich diese nun auch verstärkt an deutsche Universitäten, um Hilfe und Unterstützung auf der Flucht zu erhalten.

Welche Fluchtgeschichten sind Ihnen begegnet?

Vorauszuschicken ist: Die Tendenz russischer Wissenschaftler, das Land zu verlassen, ist schon seit 2012 – seit der Wiederwahl von Putin als Präsident – deutlich sichtbar. Die Statistik, auf die ich mich stütze, stammt von der Russischen Akademie der Wissenschaften. Demnach haben 2012 schon 12 000 Wissenschaftler das Land verlassen, 2021 waren es bereits 70 000. Seit dem Kriegsausbruch sind laut Eurasianer mehr als 200 000 hoch qualifizierte Arbeitskräfte ausgereist. Darunter befinden sich vor allem IT-Spezialisten und, interessanterweise, vermehrt For-

schers, die in regimetreuen Institutionen gearbeitet haben, zum Beispiel an der Higher School of Economics in Moskau und Sankt Petersburg. Sie waren gut bezahlt und pflegten enge Kontakte in den Westen, überdies sind sie konkurrenzfähig auf dem westlichen Arbeitsmarkt. Die zweite Gruppe besteht aus Studenten und meist jungen Forschern, die sich offen gegen den Krieg positioniert haben und die jetzt in Russland verfolgt würden. Viele sind auch gleich zu Beginn des Kriegs in die ehemaligen sowjetischen Republiken Armenien, Georgien, Kirgisien oder Kasachstan, aber auch in die Türkei geflohen. Für diese Länder brauchen die Russen kein Visum, sie kommen mit der russischen Sprache zurecht, und die Lebenshaltungskosten sind günstiger.

Welche Hürden gibt es?

Da gibt es zum einen finanzielle Hürden. Der durchschnittliche Lohn eines russischen wissenschaftlichen Mitarbeiters liegt zwischen 150 und 300 Euro; der durchschnittliche Lohn eines Professors beträgt etwa 500 Euro. Das zweite Problem stellt das Visum dar, das man benötigt, um nach Europa oder ins Ausland zu reisen. Dieses ist nicht nur kostspielig, man braucht darüber hinaus auch eine Bestätigung der finanziellen Absiche-

rung während des Aufenthalts im Ausland, zum Beispiel eine Förderzusage. Das alles ist mit großem bürokratischen Aufwand verbunden. Hinzu kommt in Einzelfällen die Schikanierung von Wissenschaftlern, denen die Ausreise erschwert oder verwehrt wird. All das führt dazu, dass sich viele Forscher für die innere Emigration entscheiden und sich ins Privatleben zurückziehen. Es gibt auch viele, die ihre Anstellung behalten wollen, damit sie Anknüpfungspunkte für einen Neuanfang liefern können, wenn dieses Regime fällt.



Alexey Tikhomirov Foto privat

Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit man als russischer Wissenschaftler in die EU, nach Deutschland fliehen kann?

Entscheidend ist der Nachweis über die Teilnahme an einem Förderprogramm oder eine Anstellung. Wobei man sagen muss, dass alle Fälle, die unser Team am Arbeitsbereich für osteuropäische Geschichte in Bielefeld betreut hat, erfolgreich waren. Wir haben für alle Studierenden und politisch gefährdeten Forscher, insgesamt waren es acht, eine Finanzierungsmöglichkeit gefunden. Sehr hilfreich waren dabei das Erasmus-Programm der Europäischen Union sowie die Gerda-Henkel-, die Humboldt- und die Volkswagen-Stiftungen. Ich möchte an dieser Stelle die Dankbarkeit der russischen Wissenschaftler für die Flexibilität und das Verständnis der genannten Institutionen und vieler Initiativen auf lokaler Ebene zum Ausdruck bringen. Wenn man eine Förderzusage innerhalb von zwei, drei Tagen bekommt, ist das ein großes Zeichen der Solidarität und der Menschlichkeit.

Wie wird der Krieg an den Universitäten und in den Schulen vermittelt?

Es gibt in Russland die lange sowjetische Tradition, Kindergärten, Schulen

Schrittmacher der Wissenschaft

Vom Notverbund zum Wachstumsprojekt: Patrick Wagner erzählt die Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft bis 1970

In Peter Sloterdijks Forschungsroman „Das Schelling-Projekt“ aus dem Jahr 2016 wird die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) als „Theoriebehörde“ und „Anlaufstelle für Mainstreamer und Abzocker“ beschrieben, in der, wie es Sloterdijk formuliert, die Heideggerische „Seinsvergessenheit als Behörde“ waltet. Die DFG ist eine der ältesten und mächtigsten Organisationen der Forschungsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Organisiert ist sie seit ihrer Gründung im Jahr 1920 als eingetragener Verein. Mitglieder dieses Vereins sind die wissenschaftlichen Hochschulen, die Wissenschaftsakademien, die Max-Planck-Gesellschaft, einige Helmholtz-Institute wie das Alfred-Wegener Institut für Meeresforschung in Bremerhaven, Institutionen wie das Deutsche Historische Institut in Berlin, aber auch Verbände wie die „Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke““ in Köln.

Die Geschichte der DFG, die als solche seit 1952 existiert und als Nachfolgerin der 1920 gegründeten Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft agiert, ist eine des Wachstums. In der Bonner Geschäftsstelle sind im Jubiläumsjahr 2020 alles in allem 20850 Anträge auf Forschungsförderung eingegangen, im

Jahre 1968 waren es nur 4760. Der Historiker Patrick Wagner hat in einer beeindruckenden Studie die ersten fünfzig Jahre der „Notgemeinschaft“ und der DFG rekonstruiert. Der voluminöse Band mit dem Titel „Notgemeinschaften der Wissenschaft. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in drei politischen Systemen 1920 bis 1973“ (Franz Steiner Verlag 2021) verarbeitet auf mehr als fünfhundert Seiten unzählige Quellen aus wissenschaftspolitischen Archiven. Die drei Teile des Buches widmen sich der Gründung und der Konsolidierung der Notgemeinschaft in den Zwanzigerjahren, dem Ausverkauf der Wissenschaftsfreiheit im Nationalsozialismus und dem Wiederaufbau der Forschungsförderinfrastruktur nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wagner beginnt mit einer Bestimmung von Funktionen, welche die DFG seit ihre Gründung innegehabt hat. Sie sei, erstens, eine Vermittlerin zwischen Wissenschaft und Politik. Zweitens sei sie eine normative Instanz, weil sie, wie im Falle von Regeln guter wissenschaftlicher Praxis oder der Regularien zum wissenschaftlichen Fehlverhalten, verbindliche Regeln für die gesamte Wissenschaft formuliert. Drittens sei sie eine Agentur, die symbolisches Kapital akkumuliert und verteilt. Diese drei Funktionen sind der

über die Zeiten hinweg stabile Kern. Wagner gelingt es, aus den Quellen der Forschungsförderung, aus Akten, Berichten und Zeitungsdebatten einen wissenschafts- und universitätspolitischen Krimi zu destillieren, der nicht nur spannend und facettenreich, sondern auch stilistisch leichtfüßig erzählt ist.

Im Zentrum steht das Verhältnis zwischen der Autonomie der Wissenschaft und den politisch-administrativen Umwelten, in denen Selbstverwaltung möglich ist. Forschungsförderung, das zeigt der Blick über drei Epochen, ist Aushandlung dieser Freiheit oder, wie die Geschicke der Notgemeinschaft im Nationalsozialismus zeigen, Ausverkauf von Freiheit. Autonomie in der Forschungsförderung meint, wie Patrick Wagner Max Planck zitiert, das „Gedeihen der reinen Wissenschaftspflege“, die unter dem „Slogan einer Einheit der Wissenschaft“ eine „Vergemeinschaftung“ einleitet. Als eine solche Gemeinschaft ist die DFG über sehr lange Zeit der Politik entgegnetreten; entweder, wie in den Zwanzigerjahren, durch „Abschottung“ gegenüber den demokratischen Verkehrsformen der Weimarer Republik oder, wie zu Zeiten des Nationalsozialismus, als Element einer Weltanschauung oder als Agent der national-

sozialistischen Rassenpolitik. Unter den Auspizien einer Weltanschauungspolitik kann die Vermittlung von Wissenschaft und Politik nicht mehr funktionieren. Sie wird in wissenschaftspolitische Mimikry umgedeutet. Patrick Wagner zeigt anhand vieler Beispiele, dass nicht nur die „Wissenschaft“ willfährig gewesen ist, sondern vor allem die Wissenschaftler. Für eine nicht unwesentliche Anzahl war die Ausschaltung jüdischer Konkurrenten, wie sie durch die Gesetze des Berufsbeamtentums realisiert worden ist, höchst willkommen. Mediokre Wissenschaft und Wissenschaftler überschreiten die Grenze zur politischen Bewegung, heute wie gestern, wenn sie die eigentliche Meritokratie der Wissenschaft durch wirkmächtige Normen der Herkunft und der Identität ersetzen.

Nach den Erschütterungen des Zweiten Weltkrieges stand die Besinnung auf die Unabhängigkeit der Wissenschaft im Vordergrund. Zugleich entstand nach Wagner der „Mythos eines idealen, eigentlich politikfernen Wissenschaftsbetriebs“, der in der Konsequenz dazu führte, den NS-Staat ausschließlich als „Eindringling“ zu betrachten. Damit verbunden sei der Glaube an eine überhistorische Substanz der Wissenschaft gewe-

sen, die vollkommen unberührt über den Zeitläuften schwebte. So seien auch, wesentlich langsamer als in anderen Bereichen, viele Forscher, die sich gegenüber dem NS-Staat allzu kooperationswillig gezeigt hätten, in das bundesrepublikanische Forschungssystem integriert worden.

Wesentlich weniger Energie verwendete die DFG auf eine Einrichtung eines Rückkehrerprogramms für die Zwangsemigrierten. Die intellektuell ausgezehnten und zerstörten Universitäten sollten nicht auch noch durch die Wiedereinführung von Konkurrenz belastet werden, so die entschuldigende Diktion. So profitierten die Profiteure des NS-Regimes abwärts.

Als Institution ist die DFG nicht nur Verwalter oder Organisator, sondern auch wissenschaftspolitischer Akteur. Ihre Funktion besteht für Wagner auch darin, die Forschungsförderung an Entwicklungen in der Wissenschaft anzupassen. So reagierte die Einrichtung der Sonderforschungsbereiche im Jahr 1968 darauf, dass besonders in den Natur- und Technikwissenschaften viele Forschungsfragen nur im Dialog hoch spezialisierter Wissenschaftler beantwortet werden können. Der Blick auf die Geschichte der Förderformate ergibt

ein erstaunliches Bild: Die DFG hat es nach Wagner immer geschafft, durch eine Vielfalt von Förderformaten der Vielfalt von Wissenschaftskulturen Ausdruck zu verleihen. Das reicht von der Einzelförderung über Forschergruppen, Schwerpunktprogramme und Sonderforschungsbereiche bis zu Forschungszentren und Graduiertenkollegs. Wer über die Benachteiligung der Geistes- und nicht empirischen Sozialwissenschaften in diesen Programmen klagt, hat die Informationsbroschüren nicht genau gelesen. Die DFG achtet auf die einzelne Forscherpersönlichkeit, betrachtet sie aber stets vor dem Hintergrund institutionell-administrativer Notwendigkeiten.

Patrick Wagners Geschichte endet Anfang der Siebzigerjahre. Es wird zukünftigen Historikergenerationen vorbehalten sein, die Zäsur der Exzellenzinitiative zu rekonstruieren. Seit 2005 ist das Wissenschafts- und Fördersystem in permanenter Unruhe, so sehr, dass die amtierende Präsidentin der DFG, Katja Becker, von einer Überhitzung und Überforderung gesprochen hat. Vielleicht besteht die Hauptaufgabe der Forschungsförderung derzeit einfach darin, den Wissenschaftler zur Ruhe kommen zu lassen. MARKUS STEINMAYR